

Protokoll Nr. 16/04

der Beratung der Kommission für Lehre und Studium (LSK) des Akademischen Senats (AS)
am 22. November 2004 von 14.15 bis 17.45 Uhr

Leitung:

Herr Prof. Schlaeger

Geschäftsstelle:

Frau Heyer
Frau Holldack (Protokoll)

Mitglieder:

Herr PD Dr. Dahme (entschuldigt), Frau Froemel (entschuldigt), Frau Frost, Frau Fuchslocher (entschuldigt), Herr Held, Frau Hron, Frau Dr. Huberty, Herr Hübner (entschuldigt), Frau Knuth, Frau Möbus (entschuldigt), Herr Oldewurtel, Herr Prof. Presber (entschuldigt), Herr Prof. Raddatz (entschuldigt), Herr Dr. Schnabel (entschuldigt), Herr Schneider, Herr Sieron (entschuldigt), Herr Süß, Frau Teodorescu, Herr Zerowsky

Ständig beratende Gäste:

Herr Prof. Tenorth
Herr Baeckmann
Herr Möhlmann

Gäste:

zu TOP 4 Frau Dr. Walter (Abt. VI)
zu TOP 5 Frau Blankenhorn (Abt. VI)
zu TOP 7 Frau Dr. Zielinski
 (Sprach.zentr.)
 Frau Dr. Bielagk
 (Sprach.zentr.)
zu TOP 8 Frau Dr. Lohr (Phil.Fak.III)
 Herr Prof. Wegener
 (Phil.Fak.III)
Herr Dr. Strutzberg (Phil.Fak.IV), Herr Prof. Müller-Preußker (Math.-Nat. I), Frau Brückmann (Phil.Fak.I), Frau Krapp (Phil.Fak.III), Frau Dr. Kriszio (Fr.B.), Frau Breidler (stellv. Fr.B.)

Prof. Schlaeger informiert über eine geplante Sondersitzung der FNK, in der das Thema "Innovations-GmbH" behandelt werden soll. Termin ist der 13. 12. 04. Die LSK wurde aufgefordert, Vertreter für diese Sitzung zu benennen. An alle Mitglieder der Senatskommissionen werden entsprechende Unterlagen für diese Sitzung versandt mit der Aufforderung, evtl. Fragen zu formulieren. Da ursprünglich für den nächsten Sitzungstermin der LSK ebenfalls der 13.12.04 vorgesehen war, wird dieser auf den 6.12.04 vorverlegt.

Da der Professorenstatus als disqualifizierender Faktor von anderen Statusgruppen innerhalb der LSK angesehen wird, ist Prof. Schlaeger nicht mehr bereit, als Vorsitzender bzw. Mitglied in der LSK zu wirken. Er informiert darüber, dieses Amt so lange auszuüben, bis ein Nachfolger gefunden wurde, weist allerdings darauf hin, dass dieses schnell geschehen muss. Ferner merkt er an, dass es nicht verwunderlich sei, wenn Professoren nun nicht mehr gewillt sind, in der LSK mitzuarbeiten. Falls eine Statusgruppe demnächst in der LSK nicht mehr vertreten sein sollte, muss sich der AS mit der Situation auseinandersetzen.

TOP 1

Bestätigung der Tagesordnung

Herr Zerowsky moniert, dass der TOP 8 in der heutigen Sitzung eigentlich nicht besprochen werden sollte. Aus diesem Grunde ist auch kein studentischer Vertreter des Prüfungsausschusses geladen worden.

Nach Diskussion und Verweis auf die eingeladenen Gäste zu diesem TOP einigen sich die Mitglieder der LSK darauf, diesen TOP nicht von der Tagesordnung zu nehmen.

TOP 2

Bestätigung des Protokolls

Das Protokoll über die Beratung vom 1. November 2004 wird bestätigt.

TOP 3

Informationen

Prof. Tenorth informiert über die Vertragsverhandlungen am 11. November 2004 mit dem politischen Senat (Ltg. Herr Kleber) zu u.a. folgenden Themen:

- leistungsbezogene Mittelvergabe
- Leistungsberichte
- Studienreform
- Aufnahmekapazität (z.B. geringere Aufnahme bei MA als im BA)
- Arbeitsgruppe CNW-Berechnung
- Absolventenzahl im Lehramt
- geplantes Lehrerbildungszentrum
- Studium mit Behinderungen, Gender-Aspekte, Benchmarking

Er betont, dass die Höhe der Mittel, die den Universitäten zur Verfügung gestellt wird, aufgrund der Hochschulverträge nicht in Frage gestellt werden kann. Der Senat wird die Zuteilung jedoch an Bedingungen knüpfen (Einhaltung der Zielvorgaben etc.).

TOP 4

Zulassungszahlen für das Sommersemester 2005

In der letzten Sitzung der LSK wurde von den Vertretern der Studierenden die Auffassung begründet, dass die Studienplatzanzahl auf 30 % in Relation zu den vergangenen Semestern gesunken ist. Dies wurde von Prof. Tenorth zurückgewiesen. Es bestand Einvernehmen, den Studierenden Einsichtnahme in die Berechnungsunterlagen zu ermöglichen. Diese Einsichtnahme wurde vor der heutigen Sitzung von Herrn Süß und Frau Teodorescu wahrgenommen.

Anhand der Vorlagen erklärt Frau Dr. Walter erneut die gesunkene Kapazität aufgrund von Stellenreduzierungen und der intensiveren Betreuung im Rahmen der neuen Studiengänge. Die Zulassungszahlen weisen in Relation zu den vergangenen Semestern eine Reduzierung auf 85 % auf. Auf Nachfrage von Herrn Süß bzgl. der jährlichen Genehmigung der Zulassungszahlen durch die Wissenschaftsverwaltung erläutert Prof. Tenorth, dass die Berechnungsgrundlagen für das Jahr sowohl vom AS als auch von der Wissenschaftsverwaltung akzeptiert wurden. Die sich daraus ergebenden Zulassungszahlen werden vom AS semesterweise beschlossen und von der Wissenschaftsverwaltung semesterweise genehmigt.

Herr Süß und Frau Teodorescu vertreten die Auffassung, dass auch nach Einsichtnahme in die Unterlagen die Berechnung der Zulassungszahlen nicht nachvollziehbar sei und verweisen auf ihre Berechnungen, in denen sie zu anderen Ergebnissen kommen. Auf den Einwand von Prof. Tenorth, dass es derzeit keine abgesicherten rechtlichen Grundlagen für die Berechnung von BA-Studiengängen gibt, erklärt Herr Süß, dass es z. B. nicht nachvollziehbar sei, warum für die Bachelorstudiengänge andere Schwundquoten angesetzt werden, als für die anderen Studiengänge. Schwundquoten müssten fachbezogen berechnet werden. Auch die Erhöhung der Lehrleistung von 8 auf 9 SWS für Hochschullehrer ist s. E. nicht in die Berechnungen eingeflossen. Frau Teodorescu vertritt die Auffassung, Drittmittel-Stellen

Gelöscht: auf der heutigen Sitzung

Gelöscht: Akzeptanz der

Gelöscht: genehmigt wird

Gelöscht: Berechnungsu

Gelöscht: das Zustandekommen

Gelöscht: und aus diesem Grund die Berechnung schwierig sei

und nicht besetzte Planstellen müssten bei der Berechnung der Zulassungszahlen Berücksichtigung finden. Sie geht davon aus, dass in jedem Fach eine Erhöhung der Zulassungszahlen in zweistelliger Höhe möglich wäre und verweist auf die Vergleiche bei Zulassungsstreitigkeiten. In der nachfolgenden Diskussion wird deutlich, dass Drittmittel-**Stellen** nach der Kapazitätsverordnung keine Berücksichtigung finden dürfen, Haushaltsrisiken und -veränderungen hingegen durchaus.

Herr Oldewurtel stellt einen Antrag auf **Beendigung** der Debatte, Herr Süß nimmt sein Recht auf die formale Gegenrede wahr.

Abstimmung: 2:2:4

Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Gelöscht: Abbruch

Gelöscht: auf Abbruch der Debatte

Vertreter der Studierenden erinnern daran, dass die Berechnungen der Zulassungszahlen in den letzten Semestern häufig Grund für Auseinandersetzungen in der LSK waren. Die Transparenz sollte aus diesem Grunde unbedingt gegeben sein. Prof. Tenorth erklärt, Gremienmitgliedern würde auf Nachfrage Akteneinsicht jederzeit gewährt, die Informationen müssten jedoch vertraulich behandelt werden; das Hinzuziehen von **Anwälten** ist nicht statthaft.

Gelöscht: nerhalb

Gelöscht: außeruniversitären

Frau Dr. Huberty vertritt die Auffassung, dass Drittmittel-**Stellen** nicht zulassungsrelevant sein dürfen. Aufgrund der akuten Stellenkürzungen **in ihrer Fakultät**, sieht sie die festgelegten Zulassungszahlen **als gerechtfertigt an**. Sie regt an, bei Unklarheiten die Akten einzusehen und verweist auf die hohe Kompetenz von Frau Dr. Walter.

Gelöscht: in

Gelöscht: der Phil.Fak.II

Gelöscht: bei dieser Fakultät

Prof. Schlaeger schätzt ein, dass aufgrund der fehlenden Rechtsgrundlagen sowie Interpretationsspielräumen "lupenreines" Zahlenmaterial nicht lieferbar ist. Deshalb müsse politisch entschieden werden.

Herr Oldewurtel wiederholt seinen Antrag auf **Beendigung** der Debatte. Herr Zerowsky nimmt sein Recht auf Gegenrede wahr und formuliert folgenden Alternativvorschlag: Erst nach erneuter Überprüfung der Zulassungszahlen sollte über die Vorlage abgestimmt werden; aus diesem Grund schlägt er eine nochmalige Vertagung des TOP vor und empfiehlt die Abstimmung über die Vorlage von Frau Teodorescu.

Gelöscht: Abbruch

Prof. Schlaeger begründet seine Auffassung, dennoch über die AS-Vorlage des Vizepräsidenten in der heutigen Sitzung abzustimmen. Mit dem Abstimmungsergebnis von 4:5:1 wird die Vorlage abgelehnt. Sie wird mit ablehnender Stellungnahme der LSK dem AS zur Entscheidung vorgelegt. Das Protokoll der heutigen Sitzung der LSK ist den AS-Mitgliedern über das Gremienreferat für die Sitzung am 30. 11. 04 zuzuleiten.

Herr Süß stellt den Antrag, über den Alternativvorschlag der Studierenden, Einsicht in die Berechnungsgrundlagen für eine eingehende Überprüfung der Zulassungszahlen zu erhalten, abzustimmen.

Mit dem Abstimmungsergebnis von 8:0:2 nimmt die LSK diesen Vorschlag zustimmend zur Kenntnis. Frau Teodorescu gibt zu Protokoll: Zukünftig sollte rechtzeitig vor der Beratung der Zulassungszahlen in der LSK Einsicht in die Berechnungsunterlagen seitens der Verwaltung gewährt werden.

Um den eingeladenen Vertretern zu den TOP 7 und 8 schnellstmöglich Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, einigen sich die Mitglieder der LSK auf das Vorziehen dieser TOP.

TOP 7

Beschlussfassung zur Änderung der Ordnung für die deutsche Sprachprüfung (DSH)

Frau Dr. Zielinski und Frau Dr. Bielagk erläutern die Notwendigkeit der Änderung der Ordnung: Durch die Beschlussfassung der HRK am 8. Juni 2004 und der KMK vom 25. Juni 2004 ist die bisherige DSH-Rahmenordnung abgelöst worden. Die **HU** ist demnach aufgefordert, die lokale Ordnung für die Deutsche Sprachprüfung unverzüglich anzupassen.

Gelöscht: u

Neufestlegungen und Veränderungen betreffen u.a.:

- die Gleichstellung von DSH, TestDaF und den Feststellungsprüfungen im Fach Deutsch der Studienkollegs
- die differenzierte Ausweisung des DSH-Ergebnisses in den drei Stufen: DSH 1, DSH 2 und DSH 3
- die Aufhebung der Begrenzung von DSH-Wiederholungsprüfungen
- die Empfehlung, für die Abnahme der DSH Entgelte zu erheben

Herr Baeckmann weist darauf hin, dass in § 1 Absatz 3 e) das Wort „Hochschule“ durch „Fachhochschule“ zu ersetzen ist.

Da nach der neuen Ordnung in der Stufe DSH 1 das bisherige Niveau abgesenkt wird, regt Frau Dr. Zielinski an, fachspezifisch abzufragen, ob eine Immatrikulation sinnvoll erscheint. Dies könne von der Studienabteilung geleistet werden. Auf Nachfrage wird erklärt, dass die Überprüfung der derzeit gültigen Gebührenordnung des Sprachenzentrums in der LSK zu behandeln ist.

Nach kurzer Diskussion beschließt die LSK:

Beschluss LSK 30/2004

(Abstimmungsergebnis: 8:0:0)

- I. Die Kommission für Lehre und Studium empfiehlt dem Akademischen Senat die geänderte Ordnung für die Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang ausländischer Studienbewerberinnen und Studienbewerber (DSH) an der Humboldt-Universität zu erlassen.
- II. Mit der Umsetzung des Beschlusses wird der Vizepräsident für Lehre und Studium beauftragt.

TOP 8

Zulassungsverfahren für den Masterstudiengang Sozialwissenschaften

Nachdem auf der letzten Sitzung der LSK das angewendete Verfahren seitens der Studierenden kritisiert wurde, erläutern die Vertreter der Phil.Fak.III (Prof. Wegener, Frau Dr. Lohr) den Vorgang.

Sie verweisen u.a. darauf, dass die Mitglieder des Prüfungsausschusses alle Bewerbungsunterlagen gesehen haben und die der LSK vorliegende Tabelle lediglich eine Erinnerungshilfe darstellt. Es gebe belegbare Voten der Mitglieder des Prüfungsausschusses zu jedem einzelnen Bewerber. Frau Dr. Lohr räumt ein evtl. nicht korrektes Verfahren insofern ein, als dass es kein Zusammentreffen des Prüfungsausschusses für den Beschluss gab. Prof. Wegener merkt in bezug auf die Forderung der Vertreter der Studierenden an, dass der Prüfungsausschuss des betreffenden Studiengangs der Phil.Fak.III dem Gremium LSK nicht rechenschaftspflichtig über jeden einzelnen Bewerber ist. Die Grundlage für die Entscheidung über die Zulassung lege derzeit die Prüfungsordnung des Masterstudiengangs Sozialwissenschaften, da aufgrund der derzeitigen offenen rechtlichen Situation die Zulassungsordnung von der Wissenschaftsverwaltung nicht bestätigt wurde.

Die Mitglieder der LSK sowie die Vertreter der Phil.Fak.III erreichen im Verlauf der Diskussion Konsens darüber, in Zukunft eine bessere Kooperation mit der Studienabteilung in diesem Kontext anzustreben, um ein angemessenes Zulassungsverfahren zu erreichen.

TOP 5

Situation der Lehre nach Einführung der modularisierten Bachelorstudiengänge

Dieser TOP wird aufgrund der fortgeschrittenen Zeit auf die nächste Sitzung vertagt.

TOP 6

Neues Zulassungsrecht

Herr Baeckmann erläutert den Entwurf einer Richtlinie für den AS und verweist auf das bisher fehlende neue Hochschulzulassungsgesetz des Landes Berlin. Er geht davon aus, dass dieses für Fächer, die nicht in den Bereich der ZVS fallen, dem Hochschulrahmenänderungsgesetz vergleichbare Aussagen enthalten wird. Er informiert über die derzeit in HRK und KMK geführte Diskussion evtl. neuer Bewerbungszeiträume. Weiterhin führt er aus, dass eine AS-Vorlage erst erarbeitet werden kann, wenn das neue Hochschulzulassungsgesetz beschlossen wurde. Die Nachfrage von Herrn Oldewurtel, ob es bereits Ausarbeitungen für eine evtl. Rahmenzulassungsordnung gäbe, bejaht Herr Baeckmann. Allerdings liegen derzeit noch keine Rückmeldungen der Fakultäten vor. Diese waren aufgefordert, Kriterien fachspezifisch einzubringen. Falls die Kapazitäten der Universität für die angestrebten Auswahlgespräche etc. nicht ausreichen, wird nach Einschätzung von Herrn Baeckmann das zu erwartende Berliner Hochschulzulassungsgesetz für diesen Fall Ausweichmöglichkeiten berücksichtigen. Frau Teodorescu schlägt vor, in der evtl. zu erstellenden Rahmenzulassungsordnung die studentische Mitbestimmung innerhalb der Auswahlkommission zu verankern. Frau Dr. Kriszio erklärt, dass auch die Teilnahme der dezentralen Frauenbeauftragten an den Beratungen der Auswahlkommission festzuschreiben ist.

gez. Holldack